



Bellmann: Klagen gefährden Finanzen für Ortsumgehung

CDU-Bundestagsabgeordnete wünscht sich zügige Verhandlung

VON STEFFEN JANKOWSKI

Freiberg. Die Klagen gegen die geplante Freiburger Ortsumgehung sollten vom Bundesverwaltungsgericht Leipzig möglichst zügig verhandelt werden. Diesen dringenden Wunsch hat die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann. Die Eppendorferin sieht andernfalls die Finanzierung des 68-Millionen-Euro-Projekts gefährdet, weil über das Geld erst verhandelt werden könne, wenn Baurecht besteht.

Geklagt haben bisher der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und eine Privatperson. Bis Ende Mai könnten sich weitere Verfahrensbeteiligte anschließen, da ihnen die umfangreiche Baugenehmigung erst Ende April zugestellt wurde.

„Ich hoffe, dass die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zügig verhandelt werden“, erklärt Bellmann. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, Andreas Scheuer (CSU), habe

ihr bestätigt, dass sich der Bund der hohen Priorität der Ortsumgehung Freiberg zur Entlastung der Kreisstadt vom Fernverkehr und zur besseren Anbindung der Region Freiberg/Erzgebirge an das Autobahnnetz bewusst ist. Das Projekt könne jedoch frühestens mit dem Bundeshaushaltsentwurf 2011 einschließlich der Finanzplanung bis 2014 in das Finanzierungsprogramm für den Bau von Bundesfernstraßen in Sachsen eingeordnet werden.

„Wenn die Klagen nicht umgehend geklärt werden, besteht die Gefahr, dass das unbedingt erforderliche Baurecht nicht vor dem Entwurf des Bundeshaushalts 2011 einschließlich der Finanzplanung bis 2014 vorliegt“, mahnt Bellmann. Ebenso wichtig wie der Blick auf die Natur – für die Trasse sind umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen – sei der Blick auf die Menschen, die in Freiberg dringend entlastet werden müssten. Wichtig sei auch die Region, die sich wirtschaftlich weiterentwickeln müsse.